

The SPD logo is a red square with the white letters 'SPD' inside.A photograph of Johann Saathoff, a member of the German Bundestag, smiling in front of the Reichstag building in Berlin. The building's dome and German flags are visible in the background.

Newsletter von  
**Johann Saathoff, MdB**  
mit Berichten aus Berlin und der Region

Norden, 19. Dezember 2019

[www.johann-saathoff.de](http://www.johann-saathoff.de)

Ausgabe 07/2019

A handwritten signature in blue ink that reads 'Mein Mitbrannter!'.

Das Jahr 2019 neigt sich dem Ende zu. Es war ohne Frage ein besonderes und dabei kein sonderlich gutes Jahr für die Sozialdemokratie. Viel zu oft war unsere Arbeit überlagert von internen Personaldebatten. Das muss im nächsten Jahr unbedingt anders werden. Bei diesen Debatten ist nämlich allzu oft zu kurz gekommen, was wir bei allen Schwierigkeiten in der Großen Koalition erfolgreich durchsetzen konnten.

Symbolisch ist dabei für mich die Einigung zur Grundrente, bei der wir tatsächlich noch Verbesserungen im Vergleich zur Einigung im Koalitionsvertrag erreichen konnten. Diese Erfolge müssen wir noch besser kommunizieren und mit erhobenem Haupt über Errungenschaften sprechen. Sozialdemokratie ist wichtig!

Sie sollten aber auch nicht von den Herausforderungen ablenken, die wir dringend angehen müssen. Dazu haben wir auf unserem Parteitag Anfang Dezember entscheidende Schritte eingeleitet. Insbesondere mit unserem Sozialstaatskonzept können nun die Weichen für die sozialdemokratische Politik der nächsten Jahre gestellt werden.

Bis dahin sollten wir uns nun erst einmal die wohlverdiente Weihnachtspause gönnen und die nötige Kraft für das nächste Jahr tanken.

Ich wünsche Euch viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters und natürlich besinnliche und erholsame Feiertage im Kreise Eurer Liebsten!

A handwritten signature in blue ink that reads 'Johann Saathoff'.

---

## Drei neue Fahrzeuge für die Emdener Feuerwehr

Die Feuerwehr Emden bekommt drei neue Fahrzeuge für den Katastrophenschutz - das ist natürlich eine tolle Nachricht.

Der Bund stellt dafür erhebliche Mittel bereit. Mit dem Haushalt 2019 hatte die Große Koalition auf Initiative der SPD ein umfangreiches Fahrzeugprogramm aufgelegt und 100 Millionen Euro für den Zeitraum von 2019 bis 2022 zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Ich freue mich gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Matthias Arends, dass unsere Beschlüsse in Berlin nun auch vor Ort in Emden ankommen.

Das ist auch ein Dankeschön für alle, die sich täglich haupt- und ehrenamtlich in unserer Feuerwehr engagieren. Die drei Fahrzeuge werden Anfang des kommenden Jahres übergeben, ein genaues Datum steht noch nicht fest.

---

## Die Grundrente kommt

**Mit der Grundrente sorgen wir dafür, dass die Menschen sich auf das Kernversprechen des Sozialstaats verlassen können: Wer 35 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt hat, hat künftig Anspruch auf die Grundrente, wenn ansonsten die Rente zu niedrig wäre. Denn das ist eine Frage der Gerechtigkeit.**

Die gesetzliche Rente ist die tragende Säule der Alterssicherung in Deutschland. Das Vertrauen in die Rente ist wesentlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Jede und jeder Zweite in Deutschland macht sich Sorgen um seine Absicherung im Rentenalter. Die Grundlage für eine gute Rente bilden anständige Löhne, deshalb setzen wir uns auch weiterhin für ordentliche Löhne ein, für einen höheren Mindestlohn, für eine starke Tarifbindung, für die Abschaffung einer sachgrundlosen Befristung und mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Es ist aber auch Aufgabe der Solidargemeinschaft sicherzustellen, dass Arbeit sich lohnt und Menschen nach einem langen Arbeitsleben ein Auskommen haben, das ihre Leistung anerkennt.

„Anerkennung der Lebensleistung“ - das ist das klare Ziel aus dem Koalitionsvertrag. Eine Grundrente, die den Namen verdient, muss diesem Ziel gerecht werden. Das ist ein Kraftakt, aber darin zeigt sich der Respekt der Gemeinschaft vor der Leistung eines langen Arbeitslebens.

### Wer bekommt die Grundrente?

Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll über eine Rente verfügen, die im Normalfall das Auskommen im Alter sichert.

Die Grundrente setzt den Auftrag aus dem Koalitionsvertrag um: Nach Jahrzehnten der Arbeit, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen soll jeder am Ende besser dastehen, als hätte er keine oder nur kurzzeitig Beiträge geleistet.

### Das funktioniert so:

Die Rente wird um einen Zuschlag erhöht, wenn die Versicherten mindestens 35 Jahre „Grundrentenzeiten“ vorweisen können - das sind Pflichtbeitragszeiten vor allem aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflegetätigkeit. Voraussetzung ist außerdem, dass der Durchschnittswert der Entgeltpunkte aus so genannten „Grundrentenbewertungszeiten“ des gesamten Versicherungslebens unter 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes liegt. Es soll außerdem einen Übergangsbereich geben für diejenigen Rentnerinnen und Rentner, die knapp unter 35 Jahre gearbeitet und Beiträge gezahlt haben.

Die Grundrente werden 1,2 bis 1,5 Millionen Menschen erhalten können, davon ein großer Anteil Frauen: 4 von 5 Berechtigten werden weiblich sein. Denn häufig haben Frauen der Familie wegen nur Teilzeit gearbeitet - oder in Berufen, in denen viel verlangt, aber trotzdem wenig verdient wird.

Es werden auch viele Ostdeutsche profitieren, die oft besonders lange, aber zu niedrigen Löhnen gearbeitet haben. Die Verbesserungen werden auch den Rentnerinnen und Rentnern zugutekommen, die bereits eine Rente beziehen. Ihre oftmals langjährige Beitragszahlung gerade auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten hat wesentlich zur Finanzierung und Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung und zum Wohlstand in Deutschland beigetragen.

### Lebensleistung statt Bedürftigkeit

Die Grundrente wird ohne Bedürftigkeitsprüfung ermittelt. Sie wird bürgerfreundlich und unbürokratisch sein.

Bedürftigkeitsprüfung hätte bedeutet: Rentnerinnen und Rentner müssten die Grundrente extra beantragen. Dabei müssten sie ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse offenlegen wie bei der Grundversicherung - also die 5.000 Euro auf dem Sparbuch, den Wert des Autos, Mietverträge, Nachweise über Kranken- und Pflegeversicherung oder Bestattungsvorsorge. Zudem soll die Grundrente nicht dazu führen, dass selbstgenutztes Wohneigentum aufgegeben werden muss.

Die Grundrente ist keine Sozialhilfeleistung – ganz im Gegenteil: Sie wird durch eigene Leistung erworben. Wer die nötigen Zeiten erworben und einen Anspruch auf Grundrente hat, bekommt sie - genauso wie die Rente - von der Deutschen Rentenversicherung automatisch ausgezahlt.



## Enercon: den Betroffenen helfen!

**Die Nachricht, dass das Windkraftunternehmen Enercon eine große Zahl an Arbeitsplätzen abbauen will, hat die gesamte ostfriesische Halbinsel schwer getroffen.**

Die SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Bezirk Weser-Ems erklärten ihre Solidarität mit den betroffenen MitarbeiterInnen und ihren Familien. „Wir alle setzen uns in unserer täglichen Arbeit für eine starke ländliche Region ein. Entwicklungen wie bei Enercon bewirken das genaue Gegenteil.“

Daher machen wir uns dafür stark, dass möglichst viele Arbeitsplätze erhalten werden und alle arbeitsmarktpolitischen Instrumente ausgeschöpft werden, um die Betroffenen zu unterstützen. Wir - das sind neben mir Susanne Mittag (Wahlkreis Delmenhorst/Wesermarsch/Oldenburg-Land), Siemtje Möller (Friesland/ Wilhelmshaven/Wittmund), Markus Paschke (Unterems), Dennis Rohde (Oldenburg/ Ammerland) und Rainer Spiering (Osnabrück Land).

Wir fordern unseren Koalitionspartner und insbesondere Bundeswirtschaftsminister Altmaier (CDU) auf, die Blockadehaltung aufzugeben, so dass wir endlich bessere Rahmenbedingungen für den Windenergie-Ausbau schaffen können (siehe Artikel unten). In der momentanen Situation steht die gesamte Energiewende auf dem Spiel. Ohne Windenergie wird Deutschland die international vereinbarten Klimaziele für 2050 nicht erreichen.

Der Wegfall der Arbeitsplätze in Ostfriesland ist für die Betroffenen ein schwerer Schlag, aber auch die Beschäftigten vieler Zulieferfirmen in der gesamten Region Weser-Ems leiden unter den Geschehnissen bei Enercon.

Die Branche steckt in einer tiefen Krise. Da sind Schuldzuweisungen, die Minister Altmaier gegenüber dem Umweltministerium äußerte, unverständlich. Denn es sind die Unionsparteien, die seit langem verhindern, dass bessere Rahmenbedingungen für Windenergieunternehmen und ihre Zulieferer geschaffen werden.



Solidarisch mit den Enercon-Beschäftigten:  
Die SPD-Bundestagsabgeordneten Dennis Rohde, Siemtje Möller, Johann Saathoff, Susanne Mittag, Markus Paschke und Rainer Spiering (v.l.).

## „Wir müssen jetzt handeln!“

### Die Forderungen SPD-Abgeordneten aus Weser-Ems zur Rettung der Windenergie

Um die Windenergiebranche zu retten und unsere Klimaschutzziele zu erreichen, fordern die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Weser-Ems von Bundeskanzlerin Angela Merkel und von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier:

- Sofortige Verankerung des 65-Prozent-Ziels mit rechtlich verbindlichen Ausbaupfaden und damit ein Bekenntnis der Politik zur Windenergie aus Deutschland für Deutschland,
- Regelungen für ein vereinfachtes Repowering, weil viele bestehende Anlagen vor Ort akzeptiert und teilweise sogar Menschen vor Ort an den Anlagen beteiligt sind. Neue Anlagen würden bestenfalls eine geringe Mehrbelastung darstellen,
- die Verankerung der so genannten "de-minimis-Ausnahme" von 18 MW für Windkraft, wie sie die EU sogar schriftlich bestätigt hat,
- die Gebote in den Ausschreibungen orientieren sich aufgrund der Knappheit ohnehin am Höchstpreis, so dass die de-minimis-Ausnahme nur diesem Umstand Rechnung tragen würde,
- die Konflikte um die Drehfunkfeuer (DVOR und VOR) müssen zügig gelöst werden. Als erster dringend erforderlicher Schritt sollte der Prüfbereich um Drehfunkfeuer auf maximal 10 km reduziert werden,
- der zukünftige Ausbau der Windkraft sollte regional besser verteilt und dafür ein Südbonus oder eine Südquote für Ausschreibungen vereinbart werden,
- Windenergie vorrangig und vereinfacht in Gewerbe- und Hafengebieten sowie der Nähe von Bundesautobahnen zulassen, weil es dort ohnehin wenig oder keine Wohnbebauung gibt. Die bisherigen diesbezüglichen Restriktionen gehören auf den Prüfstand,

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

- Industriebetriebe haben ein großes Interesse daran, sich selbst ohne Nutzung des öffentlichen Stromnetzes mit Strom aus Windenergie zu versorgen; hier liegt enormes Potenzial, das schnell genutzt werden könnte,
- zügige Konkretisierung der so genannten „signifikanten Wohnbebauung“ auf mehr als 20 Wohnhäuser, um ausreichend Potenzialflächen für Windenergie zu haben,
- Umsetzung der Akzeptanzmaßnahme mit einer wirtschaftlichen Beteiligung der Standortgemeinden zum Nutzen aller Menschen in den Gemeinden,
- sofortige Verabschiedung AVV zur Umsetzung der Akzeptanzmaßnahme der bedarfsgerechten Nacht kennzeichnung zur Abschaffung der störenden, dauerhaft blinkenden roten Befeuerung von Windkraftanlagen bei Dunkelheit; Hersteller und Windkraftbranche brauchen hier schnell Rechtssicherheit.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass alle Akteure zusammenkommen, um schnelle und nachhaltige Lösungen für die Branche und die Region zu finden. Es geht ganz akut um die Sicherung tausender Arbeitsplätze, aber eben auch um die Glaubwürdigkeit unserer Klimaschutzpolitik.

Wir unterstützen den Vorstoß des niedersächsischen Umweltministers Olaf Lies, der einen Sofortplan „Rückenwind für Onshore-Wind“ vorgeschlagen hat. Wir müssen jetzt handeln, damit die Windenergiebranche gerettet werden kann.

**Die Nachricht des Windenergieanlagenherstellers Enercon über drohende Werksschließungen und damit verbundene Arbeitsplatzverluste ist dramatisch für den Landkreis Aurich und die gesamte Region Ostfriesland.**

**Am 10. November 2019 habe ich einen offenen Brief zu den geplanten Entlassungen bei Enercon veröffentlicht. Dieser steht auf meiner Homepage:**

**[www.johann-saathoff.de](http://www.johann-saathoff.de)**

**Im Nachgang zu diesem Brief habe ich am 13. November 2019 Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier im Plenum persönlich ein Schreiben überreicht, in dem ich ihm die dringend erforderlichen Sofortmaßnahmen für einen zügigen Ausbau der Windkraft in Deutschland darlege. Auch diesen Brief habe auf meiner Homepage öffentlich gemacht:**

**[www.johann-saathoff.de](http://www.johann-saathoff.de)**

## Stephan Weil und Olaf Lies im Dialog mit der IG Metall und den Enercon Betriebsräten

Am 16. November 2019 kam es zu einem Gespräch zur aktuellen Situation bei Enercon, an dem unter anderem der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil und der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies teilnahmen. Zusammen mit Betriebsräten von Enercon und Vertretern der IG Metall wurde die aktuelle Situation in den Werken diskutiert. Auch bei der anschließenden Pressekonferenz (siehe Foto) wurde noch einmal die prekäre Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Windindustrie insgesamt deutlich gemacht. Jetzt müssen dringend alle Beteiligten an einen Tisch und gemeinsam nach schnellen Lösungen suchen.

Stephan weil schrieb dazu auf Facebook: *„Die Windenergie befindet sich in einer tiefen Krise und die Politik in Berlin setzt aktuell die falschen Rahmenbedingungen für ein schnelles Überwinden dieser Krise. Wir werden zusammen mit den Menschen in Ostfriesland und anderswo dafür kämpfen, dass wieder Aufträge in die hiesige Windenergiebranche kommen.“* Dem kann ich mich nur anschließen.



Pressekonferenz zur aktuellen Situation bei Enercon:  
Johann Saathoff, MdB, Umweltminister Olaf Lies,  
Ministerpräsident Stephan Weil, Thomas Gelder,  
1. Bevollmächtigter IG-Metall Leer-Papenburg, sowie Michael  
Hehemann, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Emden (v.l.)

## Klimaschutz und Beschäftigung - das passt

**Mehr Klimaschutz wird unterm Strich nicht zu einem Abbau von Beschäftigung führen - wenn die Maßnahmen konsequent umgesetzt werden und die Windenergie massiv ausgebaut wird.**

Das war das Fazit einer Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Titel "Mehr Klimaschutz und Beschäftigung - wie geht das eigentlich zusammen?" im Emdener Kulturbunker.

Dabei habe ich engagiert mit IG-Metall-Bevollmächtigten Michael Hehemann und Markus Hoch von der Prognos AG (München) diskutiert.

Die Prognos AG hat eine Studie vorgestellt, die den Zusammenhang zwischen Klimaschutzmaßnahmen und Beschäftigung bis zum Jahr 2050 untersucht. Das Ergebnis: Es geht beschäftigungsneutral. Einige Voraussetzungen müssen dafür aber erfüllt sein:

Die Windenergie wird massiv ausgebaut, Gebäude werden konsequent saniert, bis 2050 sind mehr als 30 Millionen Elektroautos auf der Straße, Landwirtschaft und Wärmeversorgung werden deutlich umweltschonender. Profitieren werden davon vor allem Unternehmen in der Stromwirtschaft. Das ist eine große Chance für unser Ostfriesland.

Für mich steht fest: Wenn in den nächsten Jahren massiv Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke abgeschaltet werden und zudem zahlreiche Autos mit Batteriebetrieb auf die Straße kommen, muss deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugt werden. Und das geht nur mit der Windenergie. Spätestens 2024/2025 brauchen wir viel mehr Windstrom.

Wenn sich CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier mit seiner 1000-Meter-Abstandsregel durchsetzt, fallen aber 40 Prozent der möglichen Flächen für Windräder weg. Dann schaffen wir das nicht. Wir Sozialdemokraten wollen das verhindern.

In der lebhaften Diskussion mit den rund 70 Zuhörerinnen und Zuhörern ging es unter anderem darum, ob Wasserstoff schon jetzt eine Alternative zur Batterie sein kann. Dazu habe ich eine klare Meinung:

Mit einer Batterie verbraucht ein Auto 20 Kilowattstunden auf 100 Kilometer, mit Wasserstoff 60. Wir brauchen dafür also dreimal so viel Ökostrom. Wasserstoff hat wohl eine Zukunft, vor allem für den Schwerlast- und Flugverkehr, ist aber keine Alternative für Elektroautos mit Batterieantrieb.



## Bund fördert Modernisierung der Kunsthalle Emden mit 15 Mio. Euro

**Das ist eine wunderbare Nachricht für unsere Region: Der Bundestag hat in der Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2020 die Bereitstellung von rund 15 Millionen Euro für die Modernisierung, Sanierung und Erneuerung der Kunsthalle Emden beschlossen.**

Seit ihrer Gründung im Herbst 1986 hat sich die Kunsthalle als zentrales Ausstellungshaus für Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts etabliert und sich seither stetig weiterentwickelt. Jedes Jahr zeigt sie verschiedene Ausstellungen zu moderner und zeitgenössischer Kunst. Damit ist die Kunsthalle Emden ein kultureller Leuchtturm für den Nordwesten Deutschlands und hat eine Strahlkraft weit über die Stadt Emden hinaus.

Mit der Modernisierung sichern wir diese herausragende Stellung und machen die Kunsthalle zukunftsfest - zugleich nachhaltig, inklusiv und digital.

Ich freue mich sehr, dass wir mit den Bundesmitteln dazu beitragen können, dass sich die Kunsthalle als kulturelles Aushängeschild und Besuchermagnet für unsere Region weiterentwickeln kann.

Die Förderung erfolgt über den Kulturhaushalt der Bundesregierung. Für die Umsetzung ist also eine Ko-Finanzierung zwingend erforderlich. Dabei werde ich die Region unterstützen.



Johann Saathoff zusammen mit seinem Kollegen Johannes Kahrs (Haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion) beim Besuch der Kunsthalle Emden im Juli 2019.

## Zu Gast in der Schnüsterecke in Pewsum



Zur Neueröffnung der „Schnüsterecke“ der Außenstelle der Kreisvolkshochschule in Pewsum bin ich sehr gerne gekommen.

Ich kann nur allen dazu raten, die „Schnüsterecke“ mal

zu besuchen - einfach um dort zu verweilen oder günstige Bücher zu erwerben. Ein großes Dankeschön an Bernd Lesage und seine Mitarbeiterin für die Einladung und ihre wertvolle Arbeit in der Einrichtung.

## Finanzielle Hilfen für Fischerei

**Die Quoten für unsere Ostseefischer wurden für das Jahr 2020 sehr stark gekürzt. Für einige Fischereibetriebe ist das existenzgefährdend.**

Deshalb haben wir in den Haushaltsverhandlungen dafür gesorgt, dass der Bund den betroffenen Fischern zumindest finanziell unter die Arme greifen kann, wenn es für sie nicht mehr weitergeht. Allerdings muss das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) in Brüssel nun noch für die Rechtsgrundlage sorgen.

Die EU-Kommission hat zwar einen Vorschlag gemacht, durch den Abwrackungen möglich werden, allerdings beschränkt dieser sich bislang auf Fischereibetriebe, die den östlichen Dorschbestand befischen.

Das BMEL arbeitet jetzt daran, dass diese Regelung auch für den westlichen Dorsch und den westlichen Hering - die Brotfische der Ostseefischer - gilt.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat dafür 6,2 Millionen Euro im Einzelplan des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bereitgestellt.

Diese dienen der Kofinanzierung von EU-Mitteln, insgesamt stehen also gut 12 Millionen Euro für Abwrackungen zur Verfügung.

## Ostfriesen aus dem Landkreis Aurich und der Stadt Emden zu Gast in Berlin



Auf meine Einladung kamen 50 Ostfriesen nach Berlin. Bei der politischen Informationsfahrt besuchten sie das Bundesverteidigungsministerium, die Ausstellung „Topografie des Terrors“ sowie die Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Natürlich durften auch eine Stadtrundfahrt und der Besuch einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages nicht fehlen. Im Anschluss daran diskutierten wir angeregt über aktuelle politische Themen.

## Antrittsbesuch bei Landrat Olaf Meinen



Gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Wiard Siebels habe ich Landrat Olaf Meinen auf eine Tasse Tee im Auricher Kreishaus besucht. Dabei war auch der Erste Kreisrat Dr. Frank Puchert.

Obwohl wir uns schon lange kennen und zusammenarbeiten, gehört ein Antrittsbesuch einfach dazu. Wir waren uns einig darin, dass wir den Landkreis Aurich und die Region Ostfriesland Hand in Hand nach vorne bringen wollen.

Die wichtigsten Themen sind derzeit - neben der Bewältigung der Enercon-Krise und der Windenergie - die Zentralklinik und der Ausbau des Breitband-Internets. Zudem ging es um mögliche Fördermittel für Projekte von Bund und Land, wobei der Klimaschutz eine große Rolle spielen wird.

Natürlich stehe ich dafür, genauso wie Wiard Siebels, immer als Ansprechpartner zur Verfügung.

### Transponderpflicht: Pilotprojekt läuft

**Fehlende Transponder an kleinen Privatflugzeugen machten bisher immer wieder eine Abschaltung von Windenergieanlagen in Ostfriesland notwendig, sehr zum Unmut der Anlagenbetreiber.**

Mit der jetzigen Transponderpflicht-Zone ist endlich eine Schaltung der Anlagen in unterschiedlichen Stufen möglich. Das ist deutschlandweit einmalig. Zeitgleich wird allen Flugzeugen eine Transponderpflicht auferlegt.

Die Windkraftanlagenbetreiber und die Bundeswehr - vom Fliegerhorst in Wittmund aus wird die Lage per Radar beobachtet - sind gleichermaßen zufrieden mit den Ergebnissen der seit Beginn dieses Jahres laufenden Pilotphasen.

Das freut mich sehr. Das Projekt lief so gut, dass es jetzt dauerhaft fortgesetzt werden soll.

### Zehn Stellen für Auricher Behörde BAV

Die Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen (BAV) mit Sitz in Aurich übernimmt immer mehr Aufgaben, vor allem bei der Abwicklung von Förderprogrammen. Die BAV kümmert sich um die Förderung von Ladesäulen, die Umrüstung von Schiffsantrieben auf LNG und viele weitere Programme. Dafür brauchen die Auricher auch mehr Personal.

Ich bin froh, dass der Haushaltsausschusses des Bundestages jetzt beschlossen hat, dass die BAV 10 neue Planstellen bekommt. Damit trägt der Bund dem Mehr an Aufgaben der Behörde Rechnung.

Ich gehe davon aus, dass die BAV auch in den nächsten Jahren noch mehr Personal benötigen und bekommen wird.

**Mein Team und ich wünschen allen ein  
frohes und besinnliches Weihnachtsfest  
und ein gutes, gesundes  
und glückliches Jahr 2020**



Zeichnung: Julia Zimmermann, 10 Jahre

**Kontakt Wahlkreisbüro:**

Wahlkreisbüro Johann Saathoff, MdB

Burggraben 46, 26506 Norden

Tel: 04931 - 4417

Fax: 04931- 930 16 73

[johann.saathoff.ma03@bundestag.de](mailto:johann.saathoff.ma03@bundestag.de)

**Kontakt Büro Berlin:**

Johann Saathoff, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel: 030 - 227 - 73 155

Fax: 030 - 227 - 70 155

[johann.saathoff@bundestag.de](mailto:johann.saathoff@bundestag.de)



**Impressum**

Büro Johann Saathoff, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-73155/-70155

Johann.saathoff@bundestag.de | [www.johann-saathoff.de](http://www.johann-saathoff.de)

**Redaktion**

Wiebke Doesken, Heiner Schröder, Torsten Stein, Kornelia Urban und Sabine Zimmermann